

Sehr geehrte Damen und Herren,

brandaktuell hat der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 9.3.2010 entschieden, dass für **JEDES vom Unternehmer privat genutzte Betriebs-Fahrzeug generell die sog. 1%-Regelung** anzuwenden ist. Ausnahmen: Fahrtenbuch, ausschließliche Nutzung durch Arbeitnehmer oder spezielle Fahrzeugtypen, die nicht für eine private Nutzung geeignet sind (z.B. geschlossener Werkstattwagen). Es reicht aus, wenn die Nutzungsmöglichkeit besteht - auch wenn Sie z.B. als Einzelunternehmer nicht gleichzeitig drei Fahrzeuge nutzen können. Dieses Urteil ist natürlich wie Öl ins Feuer der Finanzverwaltung und wird die jetzige Verwaltungspraxis weiter verschärfen.

Die Finanzverwaltung macht jüngst mit einigen sog. **Nichtanwendungserlassen** von sich reden. Wir berichteten über diese - unserer Auffassung nach verfassungswidrige - Praxis schon häufiger. Ein druckfrischer Erlass (vom 4.5.2010) soll dazu beitragen, ein für die zum Jahresbeginn geänderte Besteuerung von Übernachtungsleistungen wichtiges Urteil des Bundesfinanzhof (vom 15.1.2009) herabzuwürdigen. Der BFH hatte nämlich entschieden, dass Frühstück und Halbpension durchaus als untrennbarer Teil einer solchen **Beherbergungsdienstleistung** anzusehen sind. In einem von uns geführten Musterverfahren, in dem wir die 7%ige Umsatzsteuer auch für solche Nebenleistungen durchsetzen wollen, machen wir uns genau diese Argumentation zu eigen. Offenbar ist der Finanzverwaltung nun selbst aufgefallen, dass die bislang geäußerte Verwaltungsmeinung mit diesem Urteil unvereinbar ist.

Ein weiterer Nichtanwendungserlass betrifft die **Abziehbarkeit von Verlusten aus sog. wesentlichen Beteiligungen** (z.B. an GmbHs). Mit der Einführung des Halb- bzw. Teileinkünfteverfahrens wurde nicht nur die Besteuerung solcher Gewinne auf 50 bzw. aktuell 60 % reduziert, sondern auch die Berücksichtigung entsprechender Verluste. Der Bundesfinanzhof hat in zwei Entscheidungen aus 2009 und 2010 klar entschieden, dass Verluste aus Beteiligungen immer voll abziehbar sind, wenn nie Gewinnausschüttungen erfolgt sind.

In seinem Urteil vom 24.02.2010 bestätigt der BFH ausdrücklich die gesetzliche Regelung, nach der **Steuerberatkosten ohne Bezug zu einer Einkunftsart** steuerlich nicht mehr geltend gemacht werden können. Die Umsetzung des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien, nach dem die Abziehbarkeit wieder gesetzlich zugelassen werden soll, wird also höchste Zeit.

Bei Fragen gilt wie stets: bitte melden Sie sich bei uns!

Mit freundlichen Grüßen

Eichhorn und Ody StBGmbH

Eichhorn Ody Morgner StBGmbH